

# SYSTEMRELEVANT

Transkript: Folge 303

## Koalitionsausschuss: Was soll sich im Arbeitsrecht ändern?

**Der Koalitionsausschuss hat sich auf mehrere arbeitsrechtliche Vorhaben verständigt. Ernesto Klengel ordnet ein, was die Pläne zu Befristung, Krankmeldung, Kündigungsschutz und Mitbestimmung für Beschäftigte bedeuten.**

### 00:00:02 Einsprecher

Systemrelevant: Fakten für eine demokratische und nachhaltige Wirtschaft.

### 00:00:13 Marco Herack

Heute ist Donnerstag, der 2. Juli 2026. Willkommen zur 303. Ausgabe von Systemrelevant. Mein Name ist Marco Herack und heute hat der Koalitionsausschuss getagt. Kanzler Merz ist erleichtert, wenn nicht gar zufrieden, und wir wollen mal einen Blick drauf werfen, ob wir aus arbeitsrechtlicher Sicht ebenfalls zufrieden sind oder doch andere Empfindungen hegen. Danke, Ernesto, dass du so flexibel und agil hier tagesaktuell das Ganze aufdröseln möchtest.

### 00:00:39 Ernesto Klengel

Ja, hallo Marco, vielen Dank. Ich finde das sehr spannend und mache das sehr gerne heute.

### 00:00:43 Marco Herack

Das war Ernesto Klengel, Direktor des HSI, des Hugo-Sinzheimer-Instituts, und das beschäftigt sich mit den arbeitsrechtlichen Fragen in der Hans-Böckler-Stiftung.

Und an unsere Hörerinnen und Hörer vorweg immer der Hinweis, dass ihr uns erreichen könnt per E-Mail an [systemrelevant@boeckler.de](mailto:systemrelevant@boeckler.de). Also Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen, bitte dorthin. In den Shownotes findet ihr die Liste der sozialen Netzwerke sowie unsere weiteren Podcasts. Derer haben wir 2 und wir freuen uns natürlich, wenn ihr uns in einem Podcastcatcher eure Wahl abonniert und somit keine Folge verpasst. Vielleicht fangen wir mal so ganz locker an, Ernesto: Was hat dich denn am meisten überrascht bei dem, was da heute rausgekommen ist?

### 00:01:18 Ernesto Klengel

Ja, wir haben einen ganz bunten Mix von Einigungen, die den Arbeitsmarkt betreffen und verschiedene Fragen des Arbeitsrechts berühren. Am meisten überrascht hat mich das Thema, das jetzt doch das Befristungsrecht so großgeschrieben wird. Wir hatten bereits viele Diskussionen, die sich vor allem auf den Kündigungsschutz fokussiert haben. Lars Klingbeil hatte in seiner Rede über Befristung gesprochen und hatte da aber eher eine Sonderrege-

lung für Startups angekündigt, um ihnen das Befristen von Beschäftigten zu erleichtern.

**00:02:01 Ernesto Klengel**

Auch ein Projekt starten können, ohne zu wissen, ob das wirklich ganze Geschäftsmodell trägt und da sollte die Befristung erleichtert werden. Was aber jetzt in der Einigung herausgekommen ist, geht deutlich darüber hinaus. Es geht darum, dass die sachgrundlose Befristung für 4 Jahre ermöglicht werden soll. Sachgrundlose Befristung ist eine Befristung, die einfach so funktioniert, ohne dass man Gründe einführen muss. Man kann einfach den Arbeitsvertrag mit einer Befristung versehen und das geht aktuell für die Dauer von 2 Jahren mit drei Verlängerungsmöglichkeiten.

**00:02:36 Ernesto Klengel**

Man kann also für ein halbes Jahr befristen und dann noch mal verlängern und so weiter für die Dauer von 2 Jahren. Das Ganze soll jetzt für die Dauer von 4 Jahren funktionieren und das hat mich tatsächlich auch deshalb überrascht, weil wir uns, wenn wir uns mal zurückerinnern, an die letzte große Koalition erinnern, da hat es einen riesigen Streit im Zuge der Koalitionsverhandlungen gegeben und die SPD wollte unbedingt die sachgrundlosen Befristungen komplett abschaffen. Nun gehen wir genau in die andere Richtung und erlauben das oder soll es so kommen, mal sehen, das hat mich schon überrascht.

**00:03:09 Marco Herack**

Und bei der Arbeitszeit?

**00:03:11 Ernesto Klengel**

Ja, genau, das ist gutes Stichwort, denn die Arbeitszeit war ja auch eine mega Diskussion im Vorfeld, so jetzt auch im Vorfeld des Koalitionsausschusses. Und die Frage ist ja eben, will man weg von 8 Stunden Arbeitszeitbegrenzung pro Tag. In Klammern, so richtig gibt es die auch ehrlich gesagt gar nicht, steht aber immerhin so im Gesetz und die Arbeitszeiterfassung, also ob man eine, da haben wir auch schon drüber gesprochen im Podcast, ob es eben ein Gesetz auch geben soll, die diese Pflicht, die es ja europarechtlich gibt, ob die auch niedergelegt werden soll und dazu steht nun einfach mal nichts drin in der Einigung.

**00:03:46 Ernesto Klengel**

Offenbar hat man das ausgeklammert. Und nichts drin, habe ich ehrlich gesagt beim ersten Lesen erstmal so interpretiert, dass da auch nichts kommt, also dass das Arbeitszeitgesetz, so wie es ist, gut ist und bleiben soll. Damit hätte man aus arbeitsrechtlicher Sicht auch gut leben können, finde ich. Aber es schien wohl so zu sein in einer Pressekonferenz, dass man gesagt hat, da arbeiten wir ja ohnehin dran und es könnte also gut sein, dass da letztlich doch irgendwas kommt. Ob das jetzt in die Richtung des Referentenentwurfs

geht, der ja eine Öffnung aufgrund von Tarifverträgen erlauben soll, also noch mal eine Flexibilisierung der Objektebersicht.

**00:04:23 Ernesto Klengel**

Oder was auch immer dann kommt, das wissen wir entsprechend nicht. Es gibt, man sagt, sich über viele Themen geeinigt zu haben, aber zur Arbeitszeit ist das jedenfalls nicht der Fall.

**00:04:32 Marco Herack**

Ein großes Thema war ja auch der Kündigungsschutz in den Debatten vorab. Da ging es ja einigermaßen hoch her. Wie haben sie sich jetzt darauf geeinigt oder darüber?

**00:04:42 Ernesto Klengel**

Ja, auch der Kündigungsschutz war in der Diskussion, genau. Und auch wieder mit der Perspektive, dass man angeblich Arbeitsplätze schaffen kann, wenn man den Kündigungsschutz lockert. Und das ist ja genau die Frage, also beziehungsweise ist das höchst zweifelhaft und es gibt auch Daten, die eben sagen, wenn man gerade in der wirtschaftlichen schwierigen Situation den Kündigungsschutz lockert, was passiert dann? Na, dann wird mehr entlassen, natürlich, ne, also da wird man gerade keine Arbeitsplätze sichern, ja, und es gab es schon intensive Abstimmungen und Diskussionen eben zwischen SPD auf der einen Seite und CDU eben auf der anderen Seite, die das eben auch für viel weitere Beschäftigte insgesamt wollten.

**00:05:21 Ernesto Klengel**

Und hier ist dann die Einigung dahingehend getroffen worden, dass der Kündigungsschutz durch eine Einigung der Vertragsparteien gelockert werden kann. Dazu setzt voraus, dass man sich bewusst darauf einigt. Das soll nur für Arbeitsverhältnisse gelten, wenn die Arbeitnehmerinnen das 1,7-fache der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung verdienen. Das wären im Jahr bei 170.000 Euro. Wir haben jetzt so Pi mal Daumen gerechnet. Die Grenze steigt ja jährlich und das ist natürlich eine wirklich hohe Grenze.

**00:05:59 Ernesto Klengel**

In der Diskussion waren vorher auch niedrigere, auch höhere, aber eben auch niedrigere Grenzen, wo man dann als Facharbeiter in der Pharmaindustrie oder Programmierung drunter gefallen wäre. Das ist jetzt sicherlich nicht der Fall, also da sind wir dann schon noch mal drüber hinweg. So dass das jetzt wirklich nur einen relativ schmalen Kreis von Beschäftigten treffen würde, wenn das so kommt. Wie sinnvoll so eine Regelung ist, das steht auf einem ganz anderen Blatt. Also ob das wirklich jetzt einen großen Schub für Einstellungen geben sollte.

**00:06:31 Marco Herack**

Wenn man das aus Startups heraus denkt, können die ihre Führungspersonen schneller austauschen, wenn sie denn überhaupt so viel verdienen. Das

wäre das Erste, was mir einfällt, dass man das dann vielleicht politisch irgendwie verknüsert hat. Wie ist es denn mit den Abfindungen? Ich habe den Eindruck, dass die jetzt aufgewertet werden.

**00:06:48 Ernesto Klengel**

Ja, man will Abfindungen steuerlich privilegieren. Sie sind bereits ein Stück weit privilegiert. Es gibt ja diese Fünftel-Regelung, die im Moment, in dem man eine Abfindung erhält, einkommenssteuerrechtlich als Einkommen zählt. Damit steigt auch der Steuersatz. Diese Erhöhung des Steuersatzes, wenn man eine Abfindung bekommt, wird durch die sogenannte Fünftel-Regelung reduziert. Man will da nochmal darüber hinausgehen und Abfindungen steuerfrei stellen. Im Prinzip ist das eine steuerliche Subvention für Entlassungen. So kann man es auch sehen.

**00:07:19 Ernesto Klengel**

Was natürlich damit bezweckt ist, ist dass man einen Anreiz schafft, sich zu einigen, weil nach Kündigungsschutzgesetz bekommt man ja keine Abfindung. Dann ist entweder das Arbeitsverhältnis beendet, wenn der Arbeitgeber Recht hat und die Kündigung unwirksam ist, oder das Arbeitsverhältnis bleibt stehen, wenn der Arbeitnehmer ein Kündigungsschutzverfahren führt und Erfolg damit hat. Nur eine Einigung führt letztlich dazu, dass der Arbeitgeber eine Abfindung zahlen muss. Man will jetzt eben so ein bisschen in den Anreiz dafür setzen, dass das leichter möglich gemacht wird.

**00:07:55 Ernesto Klengel**

Ob das jetzt noch aus makroökonomischer oder aus einer ökonomischen Sicht sinnvoll ist, ist auch die Frage, weil Wechsel von Beschäftigungsverhältnissen. Wir haben ja früher eigentlich gesagt, jetzt gerade in der Coronakrise ist das gut in der Kurzarbeitergeld, weil die Arbeitsverhältnisse Bestand haben.

**00:08:10 Marco Herack**

Ich glaube, es gibt aber tatsächlich auch gute Nachrichten im Sinne von guten Nachrichten, und zwar, wenn wir auf die Mitbestimmung schauen, Ernesto.

**00:08:19 Ernesto Klengel**

Auch zur Kündigung, aber nochmal ist etwas drin, was ich finde, was man gar nicht so richtig geringschätzen sollte, dass man nämlich sagt, eigentlich ist die richtige Antwort doch auf diese Transformationsthemen, die wir haben, muss doch die Qualifizierung sein. Das heißt, dass Menschen jetzt auf die neuen Anforderungen vorbereitet werden und nicht entlassen werden, sondern übergehen, dass dieser Übergang leichter gemacht wird. Das ist ja das ganz zentrale jetzt und auch da gibt es Instrumente in dieser Einigung, wo auch die Bundesagentur eine stärkere Rolle spielen soll.

**00:08:49 Ernesto Klengel**

Gewünscht hätte ich mir auch, dass in den Unternehmen selbst gestärkt wird und dass der Betriebsrat dort eine stärkere Rolle spielen kann. Aber insofern ist das auf jeden Fall schon mal richtig. Und wie du sagst, glaub ich, das kann man gar nicht gering genug schätzen. Es ist eben diese Regelung oder diese Vereinbarung über die Mitbestimmung, wo wir auf europäischer Ebene die Situation haben, dass es Schlupflöcher gibt durch europäische Rechtsformen und die SE, die europäische Aktiengesellschaft, die es ermöglicht, die Unternehmensmitbestimmung zu vermeiden, wenn man als Unternehmen wächst.

**00:09:27 Ernesto Klengel**

Dass man die deutsche Regelung eigentlich gar nicht anwenden muss. Da haben wir ja schon drüber gesprochen und Daniel Hay hat da natürlich auch viel, viel schon völlig zurecht zu gesagt. Ich habe gerade von Schlupflöchern gesprochen, die es gibt. Es gibt weitere ganze Scheunentore, die auf der europäischen Ebene, muss man einfach so sagen, in Planung sind mit dem 28. Regime oder der sogenannten EU Inc. als Rechtsform, die da wirklich sehr leicht machen würden, die Mitbestimmungsstrukturen zu unterlaufen. Und nun kann es durchaus sein, dass das kommt.

**00:09:58 Ernesto Klengel**

Aber in der Einigung haben sie sich sehr klar dazu positioniert. Der Koalitionsausschuss hat sich ja klar und sehr klar dazu positioniert, dass das in jedem Fall Bestand haben wird und soll, was nach deutschem Recht an Mitbestimmungsstandards gilt. Das finde ich eine sehr wichtige Aussage, weil das auch eine Prioritätensetzung der Regierung in Deutschland und bei ihrer Positionierung in Europa definiert.

**00:10:28 Ernesto Klengel**

Und da gibt es Möglichkeiten, nämlich auch selbst wenn das kommt, könnte man daran ansetzen, ein Unternehmen, das in Deutschland tätig ist oder eine Verwaltung hat, dass das dann auch daran geknüpft ist, dass es die Mitbestimmungsgesetze einhält. In der betrieblichen Mitbestimmung haben wir das. Diesen Gedanken könnte man auf die Unternehmensmitbestimmung befragen und dafür finde ich, gibt es doch deutlichen Rückenwind jetzt. Das ist wirklich etwas, was ich für sehr wichtig halte.

**00:10:57 Marco Herack**

Und bei der Tarifautonomie gab es auch ein paar Entscheidungen, da sieht es vielleicht etwas gemischter aus, ne?

**00:11:03 Ernesto Klengel**

Ja, auch da würde ich erstmal sagen, positiv. Gemischt in dem Sinne, es kommt sehr spät, ne? Die Frage war, dass Merz den Herbst der Reform ausgerufen hat und zwar den letzten Herbst 2025 und das eigentlich komplett

ohne die Sozialpartner, sprich Gewerkschaften, Tarif und die Arbeitgeberseite. Ohne die beiden Seiten zu konsultieren.

**00:11:25 Marco Herack**

Ja, so ist es dann geendet, ne?

**00:11:28 Ernesto Klengel**

Nichts draus geworden, genau.

**00:11:30 Marco Herack**

Genau, jetzt im Juli 2026, derweil gab es zumindest mal einen großen Dialog und man möchte auch weiter miteinander sprechen. Hat sich das dann positiv niedergeschlagen?

**00:11:40 Ernesto Klengel**

Man sieht, dass die Tarifautonomie jetzt berücksichtigt ist. Wir haben in der Vereinbarung festgelegt, dass es gerade die Industrie, die ja jetzt unter wirklich enormen Stress steht, einen Branchendialog geben soll. Die Tarifpartner, die Tarifparteien, sollen dort Vorschläge machen, um für die Zukunft dieser Wirtschaftsbereiche in Deutschland zu sorgen. Das ist natürlich für den Erhalt der Arbeitsplätze von zentraler Bedeutung. Ich finde es auch ein Zeichen, zu sagen, dass auch die Gewerkschaften in diesen wirtschaftlichen Entscheidungen mit einbezogen werden und Vorschläge machen können.

**00:12:17 Ernesto Klengel**

Gab schon mal andere Zeiten und zeigt aber auch, ist eine Anerkennung der Kompetenz der Gewerkschaften in diesen Feldern. Insofern ist das erstmal als Zeichen gut. Ist wenig Arbeitsrecht jetzt erstmal drin. Dann gibt's noch einen eigenen Punkt, das ist so ein bisschen, wie du sagst, ein bisschen fraglich. Also da werden auch die Tarifparteien gebeten, auch Vorschläge zu machen zu Öffnungen, zu anderen Themen, zu dann eben Sachgründen bei der Befristung. Was sozusagen als Sachgrund da gelten soll, wurde es da genannt, Arbeitsschutz, also so etwas, dass man sowas über den Tarifvertrag dann auch konkretisiert. Ist in deshalb ein bisschen zwiespältig, weil Tarifverträge können das ja eh regeln. Tarifverträge aus einer juristischen Sicht ohnehin bessere Vereinbarungen immer treffen können gegenüber einem Gesetz.

**00:13:05 Ernesto Klengel**

Diese Öffnung bedeutet im Sinne, dass es abweichende Regelungen geben kann, aber im Wesentlichen auch Regelungen, die Arbeitsstandards absenken können. Und das ist eigentlich nicht das, wo ich den Sinn von einem Tarifvertrag sehe oder wo viele, was viele im Kopf haben. Tarifverträge sind natürlich dafür da, Arbeitsbedingungen zu verbessern. Insofern kann man natürlich manchmal branchenspezifische Regelungen treffen. Also das ist hier noch mal eine Öffnung gewesen, aber eben auch eine Hinwendung letztlich zum Tarif und dann haben wir noch mal dieses Thema Mitbestimmung bei

Einführung von neuer IT, von KI, von sehr digitalen Tools, die sich ja auch schnell ändern.

**00:13:44 Ernesto Klengel**

Ja, und da muss man ehrlich sagen, das ist so formelhaft formuliert, weil es da schon schneller gehen soll. Aber im Rahmen des Betriebsverfassungsrechts, das würde ich jetzt so verstehen, dass das Betriebsverfassungsrecht nicht geändert werden soll und die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bestehen bleiben sollen. Aber man kann es sicherlich auch anders verstehen. Also hängt viel davon ab, wie man das als Institut versteht. Waren jetzt in den letzten Wochen viel auch in internationalen Austauschen und man merkt, dass es ein sehr großes Interesse in der arbeitsrechtlichen Community gibt an dem Modell Deutschland, wie Betriebsräte in Deutschland jetzt aktuell solche KI-Tools vereinbaren, ne, was Vereinbarungen, die sie darüber treffen, weil das gibt's weltweit sonst nirgendwo und ich finde, das könnte man eigentlich eher als Vorteil nutzen und zeigen. Ehrlich gesagt wollen andere Länder das jetzt ähnlich übernehmen. Ja, also da fände ich jetzt genau das das falsche Signal, wir wollen das zurückschneiden.

**00:14:38 Marco Herack**

So gab es einen großen Aufreger mit Ernesto Klengel, wo man vielleicht sogar darüber streiten kann, wie groß das Ganze ist. Auf alle Fälle ist es eine große Schaffung neuer Bürokratie. Es soll ab dem ersten Krankheitstag Pflicht sein, sich beim Arzt zu melden und eine Krankschreibung zu holen, während die telefonische Krankschreibung abgeschafft wird. Das war dem Kanzler besonders wichtig, weil er darin das Hauptproblem sieht, dass so viele Leute krank sind. Er vermutet, dass dadurch, dass das bisher eher lax gehandhabt wurde – ab dem vierten Tag – viele Leute gesagt haben: Ach, jetzt mache ich mal drei Tage frei, bin ja krank – und haben dann keine Krankschreibung vorgelegt. So hat der Schluff Einzug gehalten in Deutschland. So scheint das Denken dahinter zu sein. Was hältst du davon?

**00:15:25 Ernesto Klengel**

Das ist wirklich eine bittere Pille aus arbeitsrechtlicher Sicht. Jetzt hier dermaßen dran zu gehen, das ist das eine, was du gesagt hast: Krankschreibung ab dem ersten Tag, telefonische Krankschreibung. Dann werden auch noch Ärzte unter eine erhöhte Strafdrohung gesetzt, wenn sie unzutreffende Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen ausstellen. Das ist ein ganzes Paket, das letztlich den Geist des Misstrauens atmet. Und ich denke wirklich nicht, es ist auch wirklich fraglich, ob das so wirksam sein wird.

**00:16:02 Ernesto Klengel**

Ich finde, Marco, dass du zu Eingang gesagt hast, nämlich die Frage, ja, wir schaffen jetzt Bürokratie. Ich finde, das ist genau das. Also, ich mein, die bisherige Regelung, dass man die Digitalisierung nutzt für Krankschreibung, dass man zumindest das auch telefonisch machen kann oder sogar virtuell,

dass man das eben erst dann ab dem dritten Tag macht. Im Regelfall sagt das Gesetz ja ohnehin, dass der Arbeitgeber es auch früher fordern kann. Also war der Regelfall eben die Arbeitsunfähigkeit ab dem dritten Tag. Die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ab dem dritten Tag der Arbeitsunfähigkeit zu fordern, aber der Arbeitgeber darf es auch früher fordern, so war die Regelung. Und jetzt sagt man, der Grundsatz ist jetzt ab dem ersten Tag.

**00:16:43 Marco Herack**

Ernesto, wenn ich das zehnmal im Jahr mache, wird er nach dem vierten Mal vielleicht schon auf die Idee kommen, nachzufragen. Was ist denn da los? Zeig mal. Warum bist du immer drei Tage krank? Wie kommt denn das?

**00:16:59 Ernesto Klengel**

Ja, wenn der Verdacht besteht, besteht da die Möglichkeit, das zu verlangen. Jetzt rennen alle entsprechend in die überfüllten Wartezimmer. Die Ärzte werden vielen Dank sagen, ne?

**00:17:09 Marco Herack**

Man könnte sich da gegenseitig anstecken. Wenn wir dann im Nachgang sehen, dass wir tatsächlich noch mal einen Anstieg bei den Krankschreibungen haben, würde ich vermuten, dass der daraus resultiert.

**00:17:21 Ernesto Klengel**

Ja, ganz genau und jetzt noch mal für die Wirksamkeit dieser Regelung einen anderen Aspekt, Marco. Wir haben ja zu dem Thema auch kollektive Regelungen, also viele Tarifverträge, auch die Metall- und Elektroindustrie, Öffentlicher Dienst. Da gibt es Regelungen dazu, die letztlich das Gesetz noch mal wiederholen, und zwar die jetzige gesetzliche Regelung. Das heißt, dass die Gesetzesänderung dort gar nicht ankommt, weil es dann der Tarifvertrag gilt. Also auch das finde ich sollte man da noch mal berücksichtigen. Wenn man sich da jetzt erhofft, dass da wirklich etwas sich verändert, dann wird es sicherlich nicht sein.

**00:17:56 Ernesto Klengel**

Vielleicht hofft man darauf, dass man durch das Setzen eines Symbols die gesellschaftliche Entwicklung in eine bestimmte Richtung lenkt. Das mag sein, aber seriöse Politik ist das aus meiner Sicht nicht.

**00:18:08 Marco Herack**

Dann gucken wir doch mal auf das andere Spektrum. Jetzt hatten wir gerade Bürokratieaufbau gibt es dann auch Bürokratieabbau?

**00:18:15 Ernesto Klengel**

Ja, das ist natürlich immer eine Formulierung aus Sicht der Unternehmen.

**00:18:20 Marco Herack**

Ja, man kann Bürokratie für Arbeitnehmer abbauen. Theoretisch zumindest.

**00:18:23 Ernesto Klengel**

Ja, genau, aber darum geht es nicht, das haben wir nicht. Wir wollen nicht Bürokratie für Arbeitnehmer abbauen, sondern Arbeitnehmer abbauen, weil wir Personal im öffentlichen Dienst abbauen wollen. 8 % für die Bundesverwaltung, finde ich, ist bemerkenswert.

**00:18:40 Marco Herack**

Das machen wir, weil wir jetzt künstliche Intelligenz haben oder wie kriegen die das hin? Ich höre immer nur, dass der öffentliche Dienst heillos überlastet ist und bei der KI läuft es auch nicht so gut. Ford hat jetzt entschieden, dass sie die ganzen Leute, die sie in der Qualitätskontrolle entlassen haben, wieder einstellen will, weil die AI die Qualität dann doch nicht so gut prüft. Das heißt im Zweifelsfall höhere Bearbeitungszeiten, ne?

**00:19:07 Ernesto Klengel**

Ja, und vielleicht kennen das die Zuhörerinnen und Zuhörer auch aus ihrem eigenen Erleben. In vielen Unternehmen wird jetzt mit KI experimentiert, und es stellt sich heraus, dass das Versprechen der Anbieter zu dem Einführungszeitpunkt nicht realisierbar ist, weil die Einführung oftmals mit sehr viel Aufwand verbunden ist. Jetzt in diese Einigung reinzuschreiben: Ja, wir wollen die KI-Rendite in der Verwaltung nutzen, bin ich mal gespannt. 8 % ist ja wirklich ein hoher Wert, 8 % Verwaltung einsparen.

**00:19:39 Ernesto Klengel**

Da muss schon ziemlich viel KI funktionieren, damit das eintritt. Und ich finde es ehrlich gesagt auch schwierig als Personalführung, an die eigenen Beschäftigten und Beamtinnen und Beamten ein Signal zu geben: Wir machen jetzt KI und ersetzen euch damit. Ja, also da ist bestimmt die Motivation, entsprechende Systeme einzuführen, auch nicht besonders groß, ne? Ob das so schlau ist, ja. Und ansonsten Bürokratie, du hast das Stichwort genannt, geht eben die Berichtspflichten, was mag es sinnvolle Sachen geben, auch mal die man mal zurückschneiden kann, will ich gar nichts gegen sagen.

**00:20:12 Ernesto Klengel**

Problematisch ist dann wieder das Lieferkettengesetz, was ja um Menschenrechte geht. Das ist immer in diesem Bürokratiekontext zu verhandeln schwierig. Jetzt soll eben nur die Richtlinie, wirklich nur eine Minimalumsetzung, kommen. Die EU-Richtlinie dazu. Gut, wird man dann entsprechend sehen, wie sich das gestalten wird.

**00:20:33 Marco Herack**

Da frage ich mich auch immer, wie die ganzen deutschen Unternehmen, die über das Lieferkettengesetz schimpfen, eigentlich in China klarkommen, wo gerade die Dokumentation massiv ausgeweitet wird und darüber beschwert sich dann keiner und das zeigt vielleicht auch die Kräfteverhältnisse gegenüber dem Staat. Ich glaube, so im Groben haben wir damit das Ganze mal

ad hoc eingefangen. Jetzt gab es allerdings noch eine Rentenkommission, die kürzlich getagt und sich geeinigt hat. Und da wolltest du auch noch ganz kurz drüber reden. Was treibt dich denn da um, Ernesto, dass du jetzt künftig 2 % deines Gehalts in die kapitalgedeckte Rente einzahlen musst?

**00:21:12 Ernesto Klengel**

Genau, das ist tatsächlich auch..., deswegen hatte ich das im Vorgespräch noch mal genannt, dass es durchaus interessant ist, weil es in der Einigung jetzt noch mal bekräftigt wird, dass man die Vorschläge der Rentenkommission umsetzen möchte. Das ist jetzt ein Teil des Ganzen, übrigens auch die Sozialstaatsreform oder die Kommission, die Anfang des Jahres ihre Ergebnisse vorgelegt hat. Auch das soll umgesetzt werden, was die Rentenkommission angeht. Ich finde, habe ich schon ein bisschen Sorge. Ich finde, dass der Plan, 2 Prozentpunkte zusätzlich zu vereinnahmen und das dann in Kapitalfonds zu legen, schon erheblich ist. Ich muss sagen, dass man mit den 2 Prozentpunkten auch die umlagefinanzierte Rente hätte retten können, ne? Da wären wir lange wieder ausgekommen. Ich finde das ehrlich gesagt nicht überzeugend, da jetzt so ein Kapitalfonds einzurichten und hab da eigentlich auch keine Lust dafür zu bezahlen, muss ich ganz ehrlich sagen.

**00:22:07 Marco Herack**

Ja, gut, Lust zu bezahlen hat ja niemand, Ernesto.

**00:22:10 Ernesto Klengel**

Ja, aber ich finde da jetzt in eine Umlage, wo deine Renten von heute bezahlt werden. Die dann einfach so, das finde ich, wenn das Geld direkt im System bleibt, ist das irgendwie nachvollziehbar. Und dann sage ich, OK, alles klar, dann ist das jetzt so.

**00:22:24 Marco Herack**

Aber ich würde an der Stelle vielleicht auf unsere letzte Folge verweisen. Da haben wir auch eine ökonomische Einordnung mit Sebastian Dullien gemacht. Das Ganze sind ja nicht nur 2 Prozent, sondern im Grunde war der Ansatz, man will eigentlich vermeiden, dass die Rentenbeiträge steigen, und dann sind sie umso mehr gestiegen. Ich habe dann flapsigerweise gemeint, das kennen wir ja schon von der Mehrwertsteuer. Also CDU und SPD bleiben sich da in gewissem Sinne auch treu, aber bei Minijobs hast du auch noch etwas.

**00:22:52 Ernesto Klengel**

Ja, das ist arbeitsrechtlich wiederum in der Einigung der Rentenkommission enthalten. Es war Bestandteil, dass man die steuerliche und beitragsmäßige Sonderstellung der Minijobs abschaffen möchte. Das ist die klare Empfehlung der Rentenkommission. Jetzt hat sich diese Koalitionseinigung eingeschlichen. Ich habe gesagt, man will die Ergebnisse der Rentenkommission

umsetzen. Aber man möchte Minijobs mit einem Pauschalsteuersatz belegen, der etwas höher ist als derzeit, 5 Prozentpunkte.

**00:23:23 Ernesto Klengel**

Das heißt sich. Das heißt, dass der Minijob-Status aufrechterhalten werden soll. Zeichnet sich möglicherweise der nächste Streit ab, wie das Ganze umgesetzt werden soll. Wenn sich diese beiden Ankündigungen irgendwie beißen, muss man sehen.

**00:23:36 Marco Herack**

Ja, da gab es auch massive Kritik aus dem Restaurantbereich. Die Studenten waren nicht so erfreut, weil viele Minijobs haben und ihnen bereits beim Bafög eins reingeknallt wurde. Dann noch dieser Angriff auf die Minijobs – die werden gefühlt zumindest auf zwei Seiten in die Zange genommen. Gleichzeitig erzählt Doro Bär, die Studenten sollen einfach mehr arbeiten. Und dann wird das erschwert, wenn man dazu neigt, die Meinung zu haben, dass Studenten hauptsächlich arbeiten sollten statt zu studieren.

**00:24:06 Marco Herack**

Da ist einiges durcheinandergeraten, habe ich das Gefühl, bei diesen Reformen. Da sind sich die nicht so ganz klar, für wen sie da was machen und wen das betrifft. Und auch bei der Restaurantbranche, also bei der Bewirtung. Erst macht man da die Steuern runter, die Mehrwertsteuer, und dann setzt man wieder 1 obendrauf. Das sind so, da weiß man dann auch nicht?

**00:24:29 Ernesto Klengel**

Ist noch ein bisschen Schlingerkurs jetzt aktuell.

**00:24:31 Marco Herack**

So haben wir noch ein letztes, die Frühverrentung.

**00:24:35 Ernesto Klengel**

Ja, genau, das ist etwas, was von der Rentenkommission ins Spiel gebracht wird, dass man für Menschen, die langjährig eingezahlt haben, die Möglichkeit hat, zwei Jahre früher in Rente zu gehen. Man empfiehlt jedoch, das Ganze nicht mehr stattfinden zu lassen. Das finde ich generell problematisch, weil ich das absolut nachvollziehen kann, dass man irgendwann nicht mehr kann und das ist in vielen Fällen so. Das ist aber auch nicht immer nachweisbar durch Erwerbsunfähigkeit und da gibt es riesige Probleme in der Umsetzung.

**00:25:06 Ernesto Klengel**

Bei der Erwerbsunfähigkeitsrente. Und noch einen anderen Aspekt: Wir sind ja eingestiegen mit Arbeitsmarktthemen. Man muss natürlich sagen, dass viele Unternehmen jetzt nach Instrumenten suchen, um Kündigungen zu vermeiden und den Weg in die Rente zu erleichtern. Dabei ist das Thema des frühen Rentenantritts immer ein ganz wichtiges Thema. Das spielt in allen

Konzepten zu diesem Thema eine Rolle. Ich glaube eigentlich, dass die Unternehmen wirklich ein Problem mit dieser Regelung haben.

**00:25:37 Marco Herack**

Das nimmt wieder Flexibilität raus, muss man sagen. Das, was sie eigentlich gewinnen wollen, und wenn man in dieser Logik bleiben möchte, ist das Ganze etwas widersprüchlich berührt.

**00:25:51 Ernesto Klengel**

Ja, genau, und ob man die Effekte wirklich alle berücksichtigt hat, die man mit der Regelung erzielen würde, ist wirklich offen.

**00:26:00 Marco Herack**

In diesem Sinne, Ernesto Klengel, vielen Dank für das Gespräch.

**00:26:02 Ernesto Klengel**

Ja, Danke, Marco, für die Moderation.

**00:26:05 Marco Herack**

Wenn ihr dazu noch ein paar Gedanken habt, sendet uns eine E-Mail an [systemrelevant@boeckler.de](mailto:systemrelevant@boeckler.de) – Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen dorthin. In den Shownotes findet ihr die Liste der sozialen Netzwerke sowie unsere weiteren Podcasts, deren haben wir zwei. Und wir freuen uns natürlich sehr, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert und somit keine Folge verpasst. Vielen Dank fürs Zuhören, euch eine schöne Zeit und bis nächste Woche.

**00:26:29 Einsprecher**

Das war Systemrelevant. Fakten für eine demokratische und nachhaltige Wirtschaft.